

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen "Wolk und Zeit". Es ist Publikationsorgan der Gewerkschaft, u. gewerkschaft. Organisationen u. a. m. Druck und Vertrieb durch die Verlagsanstalt "Volksblatt" in Halle. Preis 10 Pfennig. — Unverlangt eingesandene Manuskripte sind nicht zur Rücksendung verpflichtet.

Bezugspreis monatlich 1,70 RM, u. 0,30 RM. Anzeigengebühr, halbjährlich 2,00 RM, für 1000 Zeilen. — Abnahme aber nach Vereinbarung. — Einzelheft 20 Pfennig. — Druck- und Verlagsanstalt "Volksblatt" in Halle. Preis 10 Pfennig. — Unverlangt eingesandene Manuskripte sind nicht zur Rücksendung verpflichtet.

Furchtbare D-Zug-Katastrophe bei Nürnberg

Eine Todesfahrt

Bisher 22 Tote und 30 Verletzte - Bei 80 km Geschwindigkeit eine Böschung hinunter - Vier Wagen über die Lokomotive geworfen - Ursache: Wahrscheinlich Lösung des unteren Fahrgestells von der Lokomotive

München, 11. Juni. (Mabimeldung.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag entgleiste bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Sieseldorf, 18 Kilometer von Nürnberg, der Schnellzug München-Frankfurt, der um 22.45 Uhr München verließ. Der Zug traf fünfminütig in Nürnberg um 1.44 Uhr ein und fuhr von dort um 1.54 Uhr ab. Eine halbe Stunde später ereignete sich das furchtbare Unglück, dem nach einer am Sonntag ausgegebenen amtlichen Meldung 22 Tote, 10 Schwere und 20 Leichtverletzte zum Opfer fielen. Die Ursache des Unglücks ist bisher noch unbekannt.

Die Auswertung des Unglücks war furchtbar. Die Lokomotive hat sich bei dem Abgleiten von der Böschung einmal überschlagen. Der aus ihr austretende heiße Dampf traf die Personenwagen, so daß die unglücklichen Fahrgäste entsetzliche Verbrennungen erlitten und einen qualvollen Tod fanden. Der Lokomotivführer war auf der Stelle tot, während der Heizer und ein Heizerlokomotivführer fast unversehrt blieben. Auch der Zugführer, der sich im letzten Wagen befand, kam unverletzt davon.

Wie das Unglück geschah.

Der Zug selbst bestand aus Lokomotive und Tender, zwei Postwagen, vier Wagen 3. Klasse, zwei Wagen 1. und 2. Klasse und zwei Postwagen. Die Wagen liefen in der angeführten Reihenfolge. Als das Unglück geschah, wurden die beiden Postwagen und die ersten Personenwagen über die Lokomotive geschleudert. Dadurch entgleisten im ganzen sechs Personenwagen. Die beiden Schlafwagen und die beiden Postwagen blieben unverletzt, trotzdem das Unglück bei einem Tempo des Zuges von 80 Kilometer vor sich ging.

Die Strecke vor dem Bahnhof Sieseldorf, wo das Unglück geschah, liegt in einer sogenannten Rechtskurve, d. h. einer Krümmung von rechts nach links. Der Zug soll hier laut Dienstvorschrift die Geschwindigkeit nicht über 80 Kilometer herabsetzen. Das Lokomotivpersonal des Unglückszuges hat dieser Dienstvorschrift entgegen als der Zug in der Nacht zum Sonntag Sieseldorf passierte, hat der Stationsvorsteher mehr etwas Auffälliges hinsichtlich der Führung nach etwas Auffälliges an der Lokomotive bemerkt. Auch das an der Ausfahrtsseite gegen Sieseldorf rund 300 Meter südwestlich des Bahnhofgebäudes getogene Stellwerk II ist ordnungsgemäß bedient worden. Der Zug hatte gerade dieses Stellwerk passiert, als der Stellwerkwärter einen lauten Krach vernahm und so der erste Zeuge des entsetzlichen Verfalls wurde. In einer großen Dunstwolke bemerkte er die Lokomotive, die nach rechts entgleit und über den etwa drei bis vier Meter hohen Damm herabgeschleudert war. Es zeigte sich bei dem Augenblick, daß das Tragegestell der Lokomotive, also die beiden

vordersten Räderpaare, nach der Ausfahrt der Weiche die Gleise negativ aufgewählt und sich eingeböhrt hatte, während die Lokomotive selbst unten lag, und zwar so, daß der Kamin in der Richtung nach Nürnberg gelegen war. Die übrigen Teile liegen entgegengesetzt der Fahrtrichtung mit den Rädern am Himmel. Auch der Tender ist offenbar ähnlich wie der Postwagen über die Lokomotive hinweggeflogen. Er liegt ebenfalls in unregelmäßiger Fahrlage am Fuße des Damms in der Richtung Nürnberg. Die an der Fahrtrahse stehenden Telegraphenmasten waren ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen, daß der Telegraphenbefehl auf der Strecke mehrere Stunden gesperrt werden mußte.

Das Trümmerfeld.

Die Unglücksstelle machte auch am Sonntagmorgen trotz der hoch nach dem Unglück beginnenden Aufräumarbeiten einen geradezu grauenhaften Eindruck. Von der Stelle ab, an der der Zug entgleitete, sind die Schienen gänzlich verschwunden, die Böhlen zu kleinen Trümmern zerfallen. Rüstungsmeister vor der Unglücksstelle weist der Schienenleitung Veränderungen und Verschiebungen auf. Die Meinung, daß das Unglück auf einen Dammbruch zurückzuführen sei, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Es hat vielmehr den Anschein, daß die Weiche während der vorhergehenden Fahrt verloren hat und infolgedessen entgleiten mußte.

Der Wärter des Stellwerks II unter Sieseldorf, der erste Zeuge des Unglücks, berichtet, daß sofort nach dem Unglück ein furchtbares und herzerregendes Schreien von den Unglücksstellen aus zu vernehmen war. Der Rest der Lokomotive sei gesplittert und durch die breisamen Dämpfe wären die unglücklichen Passagiere in den ersten beiden Wagen 3. Klasse förmlich verdrängt worden.

Die Toten.

Die Namen der Toten sind: Reichsrat Dr. August Kehler (Würzburg), Ingenieur Eugen Probst aus Ungarn, Stellwerksmeister Erhard Oberhäuser (Mühlhausen), Stellwerksmeister Joseph Varr (Günzburg), Stellwerksmeister Johann Jaedel (Würzburg), Reichswehr-Räufers unbekannter Herkunft, Lokomotivführer F. Hof (Würzburg), Kaplar Klug, Eisenbahner aus Köln-Rippes, Helmuth Gebhardt, Bergpraktikant aus Borna bei Leipzig, Leinhardt Carl, Lokomotivheizer aus Oberhausen (Sachsenland), dessen Ehefrau, Peter Baier, Oberwerksmeister aus Schweinfurt, Bruno Krottel (Nürnberg), Leiter der Deutschen Gewerkschaft, Fritz von Kallert-Walder, Kaufmannssohn aus Reutendorf (Sachsenland), Frau Büchner, Eisenbahnstabschefin aus Würzburg, drei unbekannte Personen, Klara Donner, Lokomotivführersfrau aus Altenhausen, eine unbekannte Frau, Johann Wulfer, Rangieranstreher aus Obernau bei Sulzfeld, Robert Donner, Lokomotivführer aus Altenhausen.

Der wirkliche Name des Fräulein von Joffert-Walder ist, wie ihr abends auf dem Bahnhof Nürnberg erschienener Stiefpater mitteilt, Erika Dupin.

Die unbekanntenen Frauen sind schätzungsweise 25, 30 und 60 Jahre alt.

Nobile funkt seine Erkennungsnummer

Koffnung auf Rettung vorhanden

Ausführliche Meldungen siehe Seite 3 des Hauptblatts

Fortsetzung des Kampfes unter veränderten Verhältnissen

Hermann Müller-Franken will die neue Reichsregierung bilden

Hermann Müller-Franken ist am Sonntag beim Reichspräsidenten gewesen. Stundung erklärte, daß er Hermann Müller nach dem Austritt des Kabinetts mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt werde.

Der „Vorwärts“ schreibt unter der Überschrift: „Hermann Müllers Aufgabe“ u. a. das Folgende: Seit dem 20. Mai sind nun drei Wochen ins Land gegangen, und es ist Zeit, daß nicht nur geschrieben und gesprochen, sondern auch gehandelt wird. Der Reichspräsident hat darum auch gestern das Zweimünzige getan, um den Lauf der Dinge zu beschleunigen: er hat dem Genossen Hermann Müller seine Absicht mitgeteilt, ihn am Dienstag nach der Demission des Kabinetts Marx mit der Bildung einer neuen Regierung zu beauftragen. So können jetzt schon einige Vorarbeiten geleistet werden, um die kommenden offiziellen Verhandlungen zu erleichtern.

Es ist kein Geheimnis, daß Hermann Müller versuchen will, eine Regierung der Großen

Hermann Müller,



der morgen den Versuch der Bildung des neuen Reichskabinetts unternehmen wird.

Koalition zustande zu bringen. Für diesen Versuch sprechen vor allem zwei Umstände: erstens ist eine breite, sichere Mehrheit — wenn sie zusammengebracht — einer trappen und unversicherten zuzugewinnen, zweitens haben bei der Bildung der sozialdemokratischen Opposition am allernächsten Sonntag die Angriffe gegeben. Einer von ihnen, Herr Straßmann, hat sich sogar durch geschickte Adaptation der von der Sozialdemokratie empfohlenen Außenpolitik eine überaus angenehme internationale Position erworben. Auch während der Bürgerlosperiode verfiel Müllers dem Außenminister und der sozialdemokratischen Opposition seine Vertrauen und Liebereinstimmung als zwischen ihm und der deutschnationalen Regierungspartei.

Sollte trotzdem die Bildung einer Großen Koalition an der Haltung der sozialdemokratischen Unterhändler scheitern, so bliebe die Weimarer Koalition, etwa durch die Bayerische Volkspartei oder die Deutsche Bauernpartei verstärkt, die weitest ausdehnungsfähige Kombination. Ihre Brauchbarkeit hat sie in Preußen bewiesen, das die Wahlen ohne Krise überlebte. Daß aber diese Möglichkeit verdrängt, macht den rechten Flügel der Volkspartei zum Herrn der Situation. Das hätte aber gerade das erstrebte Ziel, eine Dauer beherrschende Regierung zustande zu bringen, schwer gefährdet.

Praktisch handelt es sich darum, die Personentragen zu ordnen und über die nächsten dringenden Aufgaben eine Verständigung herbeizuführen. Im übrigen wird man sich eben an den Zug halten müssen, das Problem der Stunden geht.

Die Sozialdemokratie tritt mit dem Versuch, den sie jetzt unternimmt, in ein Entwicklungsstadium ein, das sie nicht überpringen kann. Sie tut es im Bewußtsein der Stärke, die ihr die Kraft ihrer Ideen und ihr Anhang in den arbeitenden Massen verleiht. Sie ist, seit sie besteht, schon durch mangelnde Aktion gegangen, und sie weiß weit von der Illusion entfernt, daß ihr Eintritt in die Reichsregierung das Eingehen in einen stillen Hafen bedeutet. Für sie handelt es sich um nichts anderes, als um die Fortsetzung des Kampfes unter veränderten Verhältnissen um unüberänderbare Ziele.

Widertritt des Generals Tschangtschaj

Schanghai, 11. Juni. (Reuter.)

Die Schwierigkeiten, in die das diplomatische Korps durch die Faltung Hengs geraten ist, werden noch vermehrt durch den Widertritt des Generals Tschangtschaj. Die offizielle Begründung des Widertritts des Oberbefehlshabers ist, daß das Ziel der Nationalisten, Befriedigung zu erreichen, ist und daß er deshalb seine Aufgabe beendet habe. Tatsächlich aber ist Tschangtschaj entnervt über die Fortdauer und über den Kampf um die Macht, der die Nationalisten trennt. Sein Widertritt läßt Vermutung auf eine einseitige Übergabe der Macht in China zurück.

Parlamentstravalle in Belgien

Brüssel, 10. Juni. (Eig. Drahtf.)

In der Stupfmaschine haben sich am Sonnabend große Kämpfe abgelebt. Nicht oppositionelle Abgeordnete, die am Freitag ausgeschlossen worden waren, erschienen trotzdem im Saale. Die Opposition schürte durch fortgesetzte Anfragen an den Präsidenten und durch endlose Angriffe auf Abstimmung. Zwei Stunden vergingen, ehe der Präsident mit der Tagesordnung beginnen konnte. Von den acht ausgeschlossenen Abgeordneten hatten inzwischen vier den Sitzungssaal wieder verlassen. Die anderen wurden aufgefordert, den Saal zu verlassen, ohne dem Folge zu leisten. Schließlich wurde der Kommissar der Parlamentspolizei beauftragt, einzutreten. Es erschienen erst zwei, dann weitere sieben Polizisten im Saale. Die oppositionellen Abgeordneten verzögerten ihre ausgeschlossenen Kollegen und befragten die Polizisten ohne Erfolg abzuwehren. Die vier Abgeordneten wurden schließlich hinausgeschleppt. Die Opposition standhaft da, knurrte auf die Halle und rief: „Nieder mit der Regierung!“ Als später die Sitzung fortgesetzt werden sollte, wurde der Präsident mit überbelebendem Lärm und dem Geplänkel der Nationalisten empfangen. Die Opposition forderte gleichzeitig den Widertritt des Präsidenten und der Regierung.

Dreifacher Bergarbeitertod

Bochum, 11. Juni. (Abendblatt.)

Auf der Zeche „Werkfain“ sind in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag drei Bergleute verstorben. Es handelt sich um verheiratete Arbeiter, die sämtlich als to be trachtet werden müssen. Die Bergung der Opfer läßt auf große Schwierigkeiten schließen. Das Unglück dürfte durch plötzliche Erstickung an Gasen des Schichtes herbeigeführt worden sein.

Der Vorstand der Preußenfraktion

Die preussische Landtagsfraktion wählte am Freitag zu Vorständen die Abgeordneten Heilmann, Seiner, Haas (König) und Winger (Weiden).

Anfrage gegen Bela Kun. Die österreichische Staatsanwaltschaft hat gegen den seit mehreren Wochen in Wien in Haft sitzenden Kommunisten Bela Kun wegen Vergehens der Geheimnisverletzung, der Verletzung von auswärtigen Geheimnissen, der Falschmeldung und der verbotenen Rückkehr erhoben.

Dallesches Stadttheater

„Eine Frau von Formel“

Operette von Richard Kraus.

Dieses Operettentext wirkt äußerst erfolgreich, da es von den jüngsten Operetten endlich durch eine feste Fassung der Musik und der richtigen Instrumentation abhebt. Neu vor auch im Orchester neben den modernen Instrumenten ein Flügel, der in den entscheidenden Stellen äußerst gut wirkt.

Miguel Kraus spielt in der Forderung seiner Töne, feiner Duette und Romanzen etwa die Art des Fall in jungen Jahren. Die Operette wurde früher noch besser gespielt, wenn die Exposition besonders im ersten und auch im dritten Akt nicht so schleppend würde. Das Textbuch erinnert an jene Zeit, da Lehár mit seiner „Lustigen Witwe“ von sich reden machte.

Die erste Aufführung des Wertes zeigte auch hier unsere Operettenglieder auf besonderer Höhe. In der Rolle der Charlotte Wegener wie auch der besten Rolle, die Olga Jahn heute außerordentlich künstlerisch und nachvollziehbar (Große Gage) meisterte sie die Aufgabe mit vornehmem Gesangsfähigkeit und Maß. Der Humor vertrat Max Stojewski (Caro Biffa). Er bekehrte sich das ungarische Idiom leicht und brachte mit seiner Partnerin Marion Kaufmann (Scha) die verschiedenen Tanzformen mit großer Virtuosität, so daß ein Tanz zweimal wiederholt werden mußte. Vortrefflich charakterisierte Paul Krull den aufgelaufenen Generalmajor Junz und Otto Ziehm ann den etwas geistreichen Kommissar. Ferner füllten sich in das Ensemble Anne Klefz, Joho Wörner (Hilfsten), Kurt Brink (Kapitän Benedek), Kurt Weyn (Oberleutnant) und Paul Jung (Wirt) durchaus gut ein.

Eingebert West gab in allen Teilen die rechte Färbung und Energie. Sein Hühner und die geschnittenen Art seiner unvollkommenen Stellung tragen mit zum Erfolge des Lustes bei.

Das Bühnenbild (Georg Wegers) und die

Die Regierungserklärung Otto Brauns

Friedrich Bartels wieder Landtagspräsident - Ausschluss des kommunistischen Prägerhelden auf acht Tage - Ziel der Preußenregierung: „Die republikanische Staatsform zu befestigen und in allen Zweigen der Staatsverwaltung zur restlosen Auswirkung zu bringen“

Berlin, 10. Juni. (Eig. Drahtf.)
Landtagspräsident Graf Padowitz eröffnete die Sitzung und teilt mit, daß der Kellereirat beschlossen hat, den kommunistischen Abgeordneten die Rechte für acht Sitzungstage auszuschließen. (Widerspruch bei den Komm.) Die Große Versammlung auf Anforderung des Präsidenten den Sitzungssaal.
Ab. Gerold (Str.) beantragt, den bisherigen Präsidenten Bartels durch Jansz wiederzuwählen. Ab. Kube (Nat.-Soz.) widerspricht und schlägt den Nationalsozialisten Dr. Reit vor. Die Nationalsozialisten hätten zur Objektivität eines sozialdemokratischen Präsidenten kein Verlangen. (Beifall.) In der Jettelwahl erhält Bartels (Soz.) 348 Stimmen, Oberstein (Komm.) 48 Stimmen, Dr. Reit (Nat.-Soz.) 12 Stimmen.

Präsident Bartels

übernimmt das Präsidium und dankt dem Vizepräsidenten für seine Wahlleistung. Er werde sich bemühen, das Vertrauen der überwiegenen Mehrheit des Hauses durch gewissenhafte und unparteiische Amtsführung als Präsident zu rechtfertigen. (Lärm bei den Komm.) Es sei bezeichnend, daß im Kampf der politischen Gegenkräfte gegenseitlich auch die Bedenkenfächer aufkommen. Aber von gewissenhaften Parteimitgliedern müsse man erwarten, daß sie Selbstbeherrschung üben. (Beifall.) Zustimmung, Abgeordnete müßten betrogen werden, daß auch eine abweichende Meinung geltend gemacht wird. Das sei die Grundlage aller parlamentarischen Handlungen. Er werde nicht erlauben, daß ein Vertreter des Hauses das Hausrecht treue und das Parlament dem Spott der Außenwelt ausliefern. (Beifall.) Jettelwahl, früher als der Parteiführer stehe das Wohl des Volkes und Landes, das zu führen die Aufgabe aller gewissenhaften Abgeordneten sei.

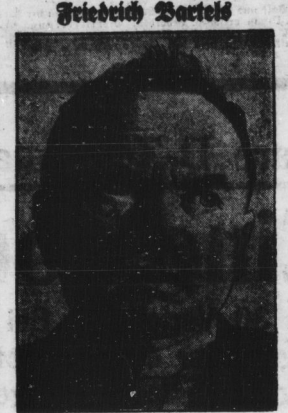
Durch Jettelwahl wurde die Abg. Dr. von Kies (Dm) und Dr. Forst (Str.) zu Vizepräsidenten gewählt.
Als dritten Vizepräsidenten schlägt Abg. Heilmann (Soz.) den kommunistischen Abgeordneten Schwend (Weiden) vor. Die kommunistischen Abgeordneten hätten Partei nicht gewählt und dadurch das parlamentarische Recht der fraktionierten Fraktion verletzt. Die Sozialdemokraten würden ihrerseits dieses Recht nicht an Schwend wählen, nachdem im Kellereirat die Kommunisten erklärt hätten, daß sie sich der Pflichten bewußt seien, die ein Vizepräsident des Landtags auf sich nehme.
Von der Rechten wird Widerspruch erhoben. In der Jettelwahl erhält Abg. Schwend (Weiden) 181 Stimmen, Abg. Dr. Forst 2 Stimmen, Abg. Grottel 2 Stimmen. (Große Heiterkeit.) 182 Stimmen.

Röhm (Peter Köpfer) zeigte vornehmem Gesinnung.
Am Schluß gab es ungeschickte Herzerworte und Klammern.

Vergleichliche Forschungen bei Langermünde

Vor kurzen ist die von der Landesanstalt für Gewässerforschung in Halle veranstaltete Expedition bei den Gewässern bei Langermünde zum Abschluß gebracht. Die Grabung, die von Herrn Dr. Hillauff geleitet wurde, ist, wurde schon im Herbst 1927 angefangen, mußte aber damals wegen einsehender Räte abgebrochen werden. Abgebrochen und unterliegt ist eine Fläche von über 1000 Quadratmetern. Es handelt sich darum, eine Dorfanlage aus den letzten Jahrhunderten v. Chr. festzustellen. Nachdem die bedeckende Mutterbodenfläche abgetragen worden war, traten in dem hellen Sande eine große Anzahl runder Stellen von etwa 1/2 bis 1 Meter Durchmesser hervor — es konnten auf der abgetragenen Fläche über 200 feststellen werden. Die Verbe, Abfallgruben und vor allem sogenannte Pfostenlöcher darstellten. Aus den Pfostenlöchern ließen sich verschiedene Häuser von vierseitigem Grundriß rekonstruieren. Die Verbe, die auffallendweise außerhalb der Häuser lagen, waren meistens mit Steinen ausgelegt, die durch Feuer und Aus gefärbt waren. In den Abfallgruben sowie in der ganze Befestigungsfläche bedeckten Kulturpflanzen fanden sich eine große Menge Zersetzungsstücke der Ueberreste zerfallener Gefäße sowie Tierknochen, darunter städtische Gensetstücke von Rind, Schwein, Hühner und einige Spinnnetze. Gegenstände aus Metall wurden dagegen nicht angetroffen. Die gefundenen Fundgegenstände weisen auf die sogenannte Ur-Zene-Zeit hin, die die erste Hälfte des vorchristlichen Jahrtausends umfaßt.

Institut für Zeitungswesen an der Universität Halle. Die werden am nächsten folgenden Freitag abgehalten: Mittwoch, den 13. Juni, von 5 bis 8 Uhr; Donnerstag, den 14. Juni, von 5 bis 8 Uhr; Freitag, den 15. Juni, von 5 bis 8 Uhr. (Hörzeit für Oberlehrer Dr. E. G. in der Universität Halle.) (Hörzeit für Oberlehrer Dr. E. G. in der Universität Halle.) (Hörzeit für Oberlehrer Dr. E. G. in der Universität Halle.)



der Präsident des Preussischen Landtags.

jetzt sind ungeschickten. In Schriftführern werden gewählt von der Sozialdemokratischen Partei die Abg. Brauns, Kugel und Frau Kröger, von den Nationalsozialisten die Abg. Zeige und Kischel, von Zentrum Frau Giese, von den Kommunisten Paul Hoffmann, von der Deutschen Volkspartei Magenthin.

Der Antrag auf Feststellung der kommunistischen Landtagsabgeordneten Jodel und Bruhn aus der Festungshaft in Gollnow wird nicht einstimmig angenommen. — Der Antrag der Kommunisten wird nach ihrem Wunsch ohne Begründung und Debatte dem Tagesausgang überlassen.

Abg. Dr. von Winterfeld (Dm) beantragt, auf die Tagesordnung zu setzen: „Wahl des Ministerpräsidenten“. (Schallende Heiterkeit links.) Braun habe kein Recht mehr, sich Ministerpräsident zu nennen und eine Regierungserklärung abzugeben. Der neue Landtag müsse einen neuen Ministerpräsidenten wählen. Die Sozialdemokraten erheben Widerspruch; damit ist der Antrag gefallen.

Es folgt die Regierungserklärung.

Die Musik der Gewässer

Das bewegte Wasser geht aus C-Dur

Was ist eigentlich die Ursache des Geräusches, das wir bei jedem dahinehenden Gefäß, bei der hurtig rieselnden Quelle bis zum flüchtigstenden Barak, hören? Es ist die Explosion der unangenehmen durch die Bewegung im Wasser entstehenden winzigen Luftbläschen, die von unten aufsteigen und, sobald sie an die Oberfläche gelangen, zerplatzen. Hierbei ist eine akustische Wertwürdigkeit entbunden worden: sämtliche Gewässer — das friedlich murmelnde Bächlein des Tales, der reißende Gebirgsbach, der majestätisch rauschende Strom, der donnernde Wasserfall — sie alle sind ganz gleich auf C-Dur gestimmt. Kurzweil, je nach der Eigenart ihres mehr oder weniger starken Gefalles, das C oder das G mit größerer Deutlichkeit herausgehört. Bei lauterem Rauschen tritt auch noch die Unterdominante, das F hinzu, und bei ganz gemäßigtem Wasserfällen herrscht das F sogar überhaupt vor.

Diese Erkenntnis beruht auf Untersuchungen, die zwei Physiker, Ernst und Albert Heim, angestellt haben. Im Widerspruch mit dieser wissenschaftlichen Tatsache steht es jedoch, daß gerade die Landrichter, die doch meist über das „abschlechte“ Gehör — die Fähigkeit, jede Tonhöhe ohne Stimmgebild angeben zu können — verfügen, Wassergeräusche fast niemals in C-Dur notieren können. Um nur ein Beispiel zu nennen: S. Schubert, in dessen „Hörern Müller und Fischer“, Bäche und Ströme, Seen und Meere eine so große Rolle spielen, hat kein einziges seiner populären Lieder, in denen von betörendem oder rauschendem Wasser die Rede ist, in C-Dur geschrieben. „Der Fischer“, „Die Forelle“, „Auf dem Wasser zu fischen“, „Auf dem Fluße“, „Rauscher Strom“, „Das Meer erglänzte weit hinaus“, noch der in seinem ganzem Teilhaft am Wäldenbach handelnde „Müllerlied“, — Julius bringt (außer dem einzigen Liede „Salt“) die „Wasser-Tonart“ C-Dur selbstverständlich darf hierbei immer nur an die Originaltonart, in der Schubert das

Ministerpräsident Brauns:

Die eben vollzogenen Neuwahlen zum Preussischen Landtag haben für die bisherige Regierungserklärung und damit für die Regierung eine Mehrheit ergeben. Damit hat die bisherige Regierungserklärung die Billigung der Mehrheit der Wählerkreise gefunden. (Lärm bei den Soz. und in der Mitte.) Dieses billige Votum ist nicht ohne weiteres noch freier und leichter anzunehmen, wenn die preussischen Landtagswahlen getrennt von den Reichstagswahlen stattgefunden hätten. (Widerpruch bei den Komm.) Die Regierung hat durch den Minister Fischer für den Wahlkreis ihren Reichstagskandidat erklärt. Die preussischen Wählerinnen und Wähler waren daher in der Lage, in voller Kenntnis der Ergebnisse der Regierungspolitik ihre Entscheidung am Wahltag zu treffen. Jeder haben zahlreiche, vornehmlich rechtsstehende Blätter in Bestimmung ihrer journalistischen Pflicht diese Regierungserklärung ihren Lesern vorgelesen. Die Regierung hat daher auf andere Weise und auch unter Aufwendung von Staatsmitteln dem Land die weitestgehende Bekanntheit gegeben. Das ist keinerlei unzulässige Selbstbefriedigung; es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Regierung, dem Volk, dessen Diener die Regierung ist, vor der Wahl über ihre Tätigkeit in C-Dur abzulegen. (Beifall bei der Mitte und links.)

In der Entscheidung des 20. Mai hat sich die Wählerpolitik mit Mehrheit für die Politik der preussischen Regierung ausgesprochen, so daß für die Regierung kein Anlaß vorliegt, zurückzutreten. (Lärm bei der Mitte und links.) Die Regierung wird nicht mehr geteilt und in ihrer Auffassung von der Wichtigkeit ihrer Politik bekräftigt, diese Politik ungeteilt fortzusetzen. Es ist das die Politik, die die preussische Regierung seit März 1920 konsequent und glückselig treibt. Es bedarf daher keines neuen Regierungserklärungs. Die Ministerien des preussischen Reiches werden unterbreitet. (Beifall.) Zustimmung bei den Soz. und in der Mitte.)

Die Regierung wird auch in Zukunft mit besonderer Sorgfalt und Dringlichkeit daran arbeiten, den Willen des preussischen Volkes zu befolgen, den bekanntlich unter der Leitung der verantwortlichen Reichsbehörden leben. Das sind die besten Kräfte des Reiches und durch den Krieg und seine Folgen vielfach verarmten Mittelstände und die Arbeiter der Industrie und Landwirtschaft, die von den Preissteigerungen und Löhnen am ersten und schwersten betroffen werden. Auch wird sich die Regierung die Aufgabe stellen, die durch den Verfall der Wirtschaft in schwere wirtschaftliche und kulturelle Verhältnisse

Rose Luxemburg: „Mehrer der Revolution“

Ed. XI. I. Bd. der Neuen Folge. Mit Genehmigung von Paul F. ölich, Berlin 1928. Reuter-Deutscher Verlag. 187 Seiten. Pappband. Preis 2 RM.

Das Neue Buch könnte für diejenigen, die keine Möglichkeit haben, die Neue Rose Luxemburgs im Wortlaut zu lesen, sehr haben. Können... In Wirklichkeit ist der Wert dieser Publikation dadurch stark herabgemindert, daß der Herausgeber nur das veröffentlicht, was auf die gegenwärtige bolschewistische „Plattform“ paßt. Der agitatorische Witz mag damit erreicht werden. Schließlich ist Rosa Luxemburg der heutigen Arbeiterklasse aber doch mehr als Mittel zum Zweck.

Englische Einbände taugen in Halle. Auf Einladung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin unternimmt eine Längere Gruppe englischer Studenten aus Cambridge, die „Cambridge Excursion“, vom 28. Juni bis 8. Juli 1928 eine Reise durch Deutschland und besucht Eisleben, Berlin, Halle, Weimar, Göttingen, Würzburg, Bonn und Aachen in Holland. Die Gruppe, bestehend aus 14 Jüngern und 7 Jüngern, wird alle Experten und Wortführer für Männer, alle Romantiker für Männer und Frauen zeigen. Allenglische Brigaden, Wolfsteiner, Instrumentalmusik und Unternehmungen zwischen den Ländern werden die Vorbereitung über eine rein sachliche Veranstaltung hinaus zu einer festlichen Einheit erheben.

Zweifel bestritten. Als ich einmal an einem heißen Sommertag am Biederstein wanderte, plagierte mich aus der Dürst. Ich setzte in einem kleinen Biederstein aus der Sandtrübe ein und verlangte etwas zu trinken. Der Wirt, ein feinalt Mannchen, brachte mir ein Glas Bier, weil er nichts anderes hatte. Es war trübe, abgeblasen und lauwarm. — „Bier ist“, sagte ich, „das Bier ist zu warm.“ „Daher ist kein Bier.“ — Da ich mich der Bitte entsagte, angriff, ließ seine Frau verschließen in die Zeit und raunte ich zu: „Hörst du, Frau? Ist das Bier ein Sommer?“

Gewerkschaftliches.

Was ist Gewerkschaftlichkeit?

Handlungsprogramm

Mitteldeutsche Angestelltenbewegung.

Der Zentralverband der Angestellten, die freigewerkschaftliche Berufsorganisation der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, hielt am Sonntag und Montag in dem schönen Kurort Bad Nauheim ein Tagungsprogramm ab. Die Teilnehmer, die sich über die Provinz Sachsen mit Ausnahme des Westfälischen und des Rheinischen Anhalts verteilten, sind folgende: Von den Delegierten der Organisation und der eigenständigen Gewerkschaften nahmen 120 teil, 27 Delegierte der freigewerkschaftlichen Organisationen hatten der Magistrate Thale, die Landesratgeberin und Thale sowie der Verband der Krankenfürsorge Betreuer entsandt, die den Tagungsbegriffen. Einleitend wurde über den Tagungsbegriff, das Thale nicht nur ein Kurort sei, sondern insofern eine gewaltigen Industrie große wirtschaftliche Bedeutung habe. Deshalb sei die Gewerkschaftsbewegung hier eine große Rolle. Landrat Runge vom Landkreis Thale, der am Sonntag der Gewerkschaft die Grüße seiner Behörde überbrachte, wies darauf hin, daß eine republikanische Bewegung darauf halten müßte, daß auch die gewerkschaftliche Bewegung nicht die Interessen der Staatsinteressen. Darum verfolge er die Entwidlung des Zentralverbandes mit größtem Interesse. Vom Verbandsvorstand war G. Häubler (Berlin) anwesend, der in seiner Begrüßungsansprache die Bedeutung der angestellten Gewerkschaften für die Angestelltenbewegung im letzten Vierteljahr der Gau Mitteldeutschland hervorgehoben hat.

Mit dieser Frage, die besonders beim mitteldeutschen Metallarbeiter eine Rolle spielt, hat sich die Gewerkschaftsbewegung beschäftigt. Die Angestelltenbewegung (Nr. 131) hat darauf berufen, daß ein sozialdemokratisches Blatt dieses demas einengenommen, von dem befristeten Standpunkt unterliegt. Aus der „Chemischer Welt“ Nr. 10 führt er die nachstehenden Worte an: „Schreibend geht es nicht an, die Interessen der Angestellten in einzelnen Betrieben zu organisieren und zu betreiben, sondern sie in den Organisationen zusammenzuführen, aber ebensojünglich können die Gewerkschaften ohne Gefahr, sich selbst zu schädigen, die Interessen der Angestellten nicht ignorieren, da sie ein essentielles Interesse daran haben, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In dieser Hinsicht hat es leider bei dem hinter uns liegenden Kampfe an der notwendigen Einsicht der Gewerkschaften nicht gekehrt, so wie sie selbst gefühlt. Diese fühlten sich einseitig an den Interessen der Angestellten und darum befristeten Standpunkt, daß die Angestellten nun die Folgen ihrer Unmündigkeit an eigenen Leiden empfinden müssen. Die Wirkungen solcher Vorurteile liegen auf der Hand: die allgemeine Aufmerksamkeit der Angestellten und die allgemeine Mitleidenschaft in den Organisationen ein Gefühl der Verbitterung, die ihre Reue, den Gewerkschaften beizutreten, eher verringert als fördert.“

Das können auch die Interessierten annehmen und akzeptieren, die bei sich selbst und bei den Gewerkschaften den in Frage stellen. Das heißt besonders dann, wenn die Gewerkschaften die menschliche Solidarität befolgen würden, den Streit zu verweigern, da h. a. aus jeder Einzelheit ein Generalstreik zu machen, so daß auch eine einseitige organisierte finanzielle Hilfe der Gewerkschaften möglich wird.

Der Begriff Solidarität mit Bezug auf die Unterstützung der Organisationen ist großer Unfug, wenn die Solidarität in diesem Sinne gefordert werden soll, dann

Die Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

Die Gewerkschaften sollen daher einbezogen werden, sich in Zukunft auch der Unterstützung der Organisationen zu betreiben, die sich in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten. In der Gewerkschaften sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der Angestellten zu vertreten.

